

Nach Amoklauf in Graz: Koalition diskutiert schärfere Waffengesetze!

Nach dem Amoklauf in Graz am 13. Juni 2025 diskutieren Parteien in Österreich über strengere Waffengesetze und psychologische Tests.



Graz, Österreich - Am 13. Juni 2025, nur wenige Tage nach einem tragischen Amoklauf in Graz, bei dem elf Menschen ihr Leben verloren, finden in Österreich intensive Diskussionen über mögliche Anpassungen des Waffenrechts statt. An diesem Tag haben über 60.000 Personen eine Petition der Initiative #aufstehn für ein sofortiges Schusswaffenverbot für Privatpersonen unterschrieben. Der Täter, der die Waffen legal besaß, war auf psychische Instabilität hin getestet worden, was neue Fragen über die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen aufwirft.

Das Bundesheer hatte den Täter als psychisch instabil identifiziert, jedoch konnte er nach Absolvierung eines

psychologischen Tests bei einer zivilen Behörde eine Pistole erwerben. Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) sowie andere Politiker aller Parteien, sogar die FPÖ, fordern Veränderungen, um die Waffengesetzgebung zu verschärfen. Unter anderem soll der Sicherheitsrat erörtern, warum der Täter trotz seiner psychischen Probleme im Besitz von Waffen bleiben konnte.

Potenzial für Gesetzesänderungen

Eine Umfrage unter der S24-Community zeigt eine breite Zustimmung für härtere Waffengesetzmaßnahmen. Über 1.000 Teilnehmer haben sich an der Umfrage beteiligt. Demnach befürworten mehr als ein Drittel der Befragten ein generelles Waffenverbot für Privatpersonen, mit Ausnahme für Jagd, Sport und Einsatzkräfte. Zudem fordern 22% eine Anhebung der Altersgrenze für Waffenbesitz auf 25 Jahre.

Die FPÖ hat konkret Vorschläge gemacht, darunter die Anhebung der Altersgrenze für den Erwerb von Kategorie-C-Waffen. Auch das Thema der psychologischen Gutachten, die in Österreich vor dem Erwerb einer Waffenbesitzkarte erforderlich sind, wird diskutiert. Anträge auf derartige Dokumente müssen durch psychologische Gutachten unterstützt werden, um die Eignung des Antragstellers zu bestätigen, insbesondere im Hinblick auf den verantwortungsvollen Umgang mit Waffen. Diese Gutachten müssen bei Psychologen eingeholt werden, die in einer Liste des Bundesministeriums für Inneres eingetragen sind.

Forderungen nach zentraler Verwaltung

Ein weiterer wichtiger Punkt, der seit 2007 immer wieder gefordert wird, ist die zentrale Verwaltung der Daten zu Verlässlichkeitsprüfungen und psychologischen Gutachten. Hamedl, ein früherer Polizist und ÖVP-Landtagsabgeordneter, bezeichnete eine zentrale Datei für waffenpsychologische Tests als zwingend notwendig. Aktuell sind über 1,5 Millionen Schusswaffen im Privatbesitz in Österreich registriert, mit

steigender Tendenz.

Zusätzlich zu den Fragen rund um den Waffenbesitz und die damit verbundenen psychologischen Untersuchungen gibt es auch Forderungen nach regelmäßigen Wiederholungen der psychologischen Begutachtungen sowie verpflichtenden Prüfungen durch unabhängige Stellen. 20% der Befragten setzen auf schärfere gesetzliche Regeln und 27% sehen Handlungsbedarf gegen den illegalen Waffenhandel.

Zusammenfassend steht Österreich vor einer entscheidenden Phase in der Diskussion um das Waffenrecht, begünstigt durch eine starke öffentliche Meinung, die eine Reform der bestehenden Gesetze fordern. Die schockierenden Ereignisse in Graz könnten der Anstoß für umfassende Veränderungen in der Waffengesetzgebung sein.

Details	
Vorfall	Amoklauf
Ursache	psychische Instabilität
Ort	Graz, Österreich
Verletzte	11
Quellen	• www.5min.at • www.salzburg24.at • juliawachter.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at